

22. Mai 2024

## Schriftliche Anfrage

der FDP-Fraktion

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 17. April 2024 hat die Stadtpräsidentin erklärt, das PRD habe das Theater Neumarkt um eine Stellungnahme gebeten zur Frage der Beachtung der libanesischen Gesetzgebung, welche libanesischen Staatsangehörigen verbietet, mit israelischen Staatsangehörigen gemeinsam aufzutreten. Seither hat sich der Verwaltungsratspräsident der Theater Neumarkt AG (einer der Vertreter der Stadt Zürich im VR) u.a. in verschiedenen Zeitungen (beispielsweise Limmattaler Zeitung vom 20. April 2024) sowie im SRF-Regionaljournal vom 28. April 2024 dazu geäußert.

Zur Erinnerung: Das Theater Neumarkt profitiert von jährlichen Betriebsbeiträgen der Stadt Zürich von rund 4,5 Millionen Franken und einem jährlichen Mietzinserslass von knapp 700 000 Franken.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat das vom VRP im Regionaljournal für «innerhalb der nächsten 10 Tage» angekündigte Gespräch zwischen ihm und der Stadtpräsidentin stattgefunden? Welche Erkenntnisse ergaben sich daraus bzw. aus der Stellungnahme, welche die Stadtpräsidentin gemäss Erklärung im Gemeinderat eingeholt hat? Wir bitten insbesondere um eine Klarstellung, welche der beiden Sachverhaltsdarstellungen des VRP zutrifft:
  - Zitat in NZZ v. 12. April 2024: «Als Verwaltungsratspräsident mische ich mich nicht in künstlerische Belange ein, das wäre unangemessen. Das ist Sache der Direktion.»
  - Zitat u.a. in Limmattaler Zeitung v. 20. April 2024: «Daraufhin wurden viele Gespräche geführt, vor allem mit dem Ziel, niemanden auszuschliessen und zu gefährden. Gesprochen wurde unter anderem mit der Spielerin und dem Spieler, mit mir, und die Massnahme der Direktion wurde so abgenommen.»
2. Wie beurteilt der Stadtrat die Glaubwürdigkeit des Theaters Neumarkt und seines Verwaltungsratspräsidenten angesichts solch widersprüchlicher Aussagen?
3. Im Interview vom 20. April 2024 machte der Verwaltungsratspräsident der Theater Neumarkt AG auch folgende Aussage:
  - «Ein 'Hisbollah-Theater', wie das einzelne Medien geschrieben haben, sind wir sicher nicht. Da könnte man uns genauso vorwerfen, dass wir ein 'Israel-Theater' wären.»

Wie beurteilt der Stadtrat diese scheinbare Gleichsetzung der religiös-fanatistischen Terrororganisation Hisbollah mit dem demokratischen Staat Israel?

4. Was hält der Stadtrat von folgenden Aussagen des VRP im Interview vom 20. April 2024:
  - Frage: «Aber Sie können nachvollziehen, dass allein der Umstand, dass hier libanesisches Recht über Schweizer Recht gestellt wird, in der Öffentlichkeit für Irritationen sorgt?»
  - Antwort: «Ich finde, daran zeigt sich die Komplexität dieser Welt. Wir wollen am Neumarkt eine offene, vielfältige Kultur. Sie ist auch Teil der Kulturpolitik der Stadt Zürich. Und dann trifft man in dieser Welt auf Probleme, denen man nicht mit Schwarz-Weiss-Denken beikommt. Die Direktion des Theater Neumarkt hat versucht, diesen Schwierigkeiten entgegenzutreten.»

Dürfen städtische Kulturinstitutionen im Namen einer «offenen, vielfältigen Kultur» diskriminierende ausländische Gesetze beachten?

5. Gibt es Hinweise, dass die in Frage stehende libanesische Gesetzgebung auch andernorts in der Stadt Zürich beachtet wird, bzw. dazu führt, dass mit Personen mit israelischem Pass nicht mehr zusammengearbeitet wird? Falls ja, was unternimmt der Stadtrat dagegen?
6. Der VRP spricht davon, es gebe am Theater Neumarkt keine «systematische Diskriminierung» und beruft sich auf den – vom Stadtrat ebenfalls als unvollständig betrachteten – Bericht eines Anwalts. Wieviel hat dieser Bericht gekostet? Wie hoch waren die Aufwände der Interviewten?
7. Geniessen die Leitungspersonen und städtischen Abgeordneten in die Theater Neumarkt AG noch das Vertrauen des Stadtrats? Falls nein, welche Massnahmen werden getroffen?

Dr. Schum (